

## "I felt like I was made a stranger"



Für Akran und Dilya würden Studiengebühren das Aus von akademischer Bildung in Nordrhein-Westfalen bedeuten. (Foto: dpe)

**300 Studierende trafen sich am Dienstag, 21. November, vor dem Düsseldorfer Hauptbahnhof, um gegen die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger\*innen zu demonstrieren. Bis zum NRW-Landtag zogen potenziell betroffene Studierende, verschiedene ASten und das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) mit Bannern, Schildern und Parolen. Anlass war die Verhandlung eines Gesetzesentwurf der SPD im Wissenschaftsausschuss des Parlaments, der Studiengebühren verbieten soll.**

„Die Festung Europa darf es weder im Mittelmeer, noch an den Hochschulen geben“, sagte Kurt Stiegler, Sprecher des ABS, zu Beginn der Demonstration am Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Düsseldorf. Auch die Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft, IG Metall und der DGB beteiligten sich an den ersten großen Protesten, die mit 11 Uhr in die Vorlesungszeit fielen und dennoch in der Spitze bis zu 300 Menschen mobilisierten.

### Studiengebühren spalten Wissenschaftsausschuss

Katrin Lögering, Vorsitzende des Landes-ASten-Treffen NRW, hatte im Vorfeld an der Planung der Proteste mitgewirkt und sprach als

Expertin im Wissenschaftsausschuss für den SPD-Gesetzesentwurf. Konfrontiert werden die Studierenden aus den Kreisen von FDP und CDU oft damit, dass sie sich „niemals auf die Straße gestellt hätten, um die Studienbedingungen zu verbessern“, erklärt Lögering. Sie weist den Vorwurf scharf zurück: „Wir kämpfen Tag und Nacht in den Gremien für die Verbesserung der Studienbedingungen“, meint sie mit Blick auf die Arbeit der Studierenden in den Parlamenten, Fachschaften und Senaten der Hochschulen. Auch sei sie eingeladen worden, weil das Landes-ASten-Treffen eine Meinung vertrete, „die nah an den Studierenden ist.“

Ob es Chancen gebe, Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger\*innen zu verhindern, kann sie zwar nicht beantworten, stellte aber in Aussicht, dass das Konzept erst einmal „die von der FPD geplanten 100 Millionen Euro einbringen muss“, um sich durchzusetzen. Düster sieht es für die Studiengebühren-Gegner\*innen derzeit trotzdem aus, denn im

Wissenschaftsausschuss sind die Stimmen gespalten und die Mehrheiten liegen nach wie vor bei CDU und FDP. Die Hochschulrektorenkonferenzen befürworten die Pläne von Schwarz-Gelb, die Gewerkschaften lehnen sie ab.

### „That’s just not the salaries people make.“

Für die internationalen Studierenden auf der Demo am Dienstagmorgen ist bereits schon klar, dass die Einführung einer Katastrophe gleich käme, wie sie im Gespräch mit der aktuell sagen. Dilya kommt aus Tadschikistan in Zentralasien und studiert an der Universität Bielefeld – genau wie Akran, die aus dem Iran hergekommen ist. Dilya zeigte sich enttäuscht von den Plänen und sagt: „This idea that NRW might be a place for free education was just crushed, in my eyes.“ Beide verweisen im Gespräch mehrfach darauf, dass sie sich ihren Geburtsort nicht aussuchen konnten. „It’s very clear, you cannot do anything to change it, because you can’t choose to be born in the European Union. I definitely felt like I was made a stranger, like I was an outsider and I also felt discriminated“, erklärt sie.

Akran macht sich auch Sorgen um ihren Studienabschluss in Deutschland. „If my parents hadn’t helped me out, I couldn’t have come. At first, we also had to bring 8.000

### Islam und Feminismus



Dr. Reyhan Şahin aka Lady Bitch Ray war an der Universität Duisburg-Essen zu Gast. Wir haben sie getroffen auf **Seite 3**

### Satire und Wirklichkeit



„Deuschthland“, so heißt die Ausstellung von Jan Böhmermann, die kürzlich in Düsseldorf eröffnet wurde. Wir haben sie uns angeschaut auf **Seite 7**

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Euro for our Visa and living here. If we had to bring more and more, it would be impossible for me to come here because my parents got a loan for me. They are paying for me“, sagt sie mit Blick auf den Betrag von 1.500 Euro pro Semester. Für Dilya spielt auch die Jobsuche eine Rolle. Auf der Demo trägt sie ein Schild: „1.500 Euro sind fünf Monate Miete für mich“, ist dort zu lesen. „I think I won’t be able to pay it because it’s a huge struggle for international students to find at least a mini-job, which does not completely ruin the studies“, erklärt sie die Situation von ausländischen Studierenden mit Bezug auf oft schlechte bezahlte Arbeit. „I can’t ask friends or family for money, that is too much.“

In Tadschikistan, erklärt sie, würden die Menschen nicht einmal 1.500 Euro im Monat verdienen: „That’s just not the salaries people make. So for me, taking some credit back in my home country wouldn’t ever make sense because I would never be able to pay it back.“ Akran hofft indes weiter, dass die Landesregierung die Pläne doch nicht in die Tat umsetzt. Andernfalls sagt sie: „I really don’t know what I should do.“ [dpe]

# Fahndung ins Blaue

## Kommentar

### Schluss mit dem Chaos!

von Mirjam Ratmann

Liebe UDE, die ratternden Aufzüge, die Kabel, die von der Decke hängen, die Baustellen-Bibliothek – alles noch akzeptabel. Bei Dir ist eben alles etwas unorthodox, unfertig, unordentlich. Aber so langsam bekomme ich das Gefühl, dass diese Unordnung auf die Institute der Uni übergreifen hat. Da wird das Prüfungsanmeldesystem für bestimmte Studiengänge umgestellt, aber keine\*r weiß genau, wie das System funktioniert. Weder Studierende, noch Dozierende.

Warum brauchen wir überhaupt so viele Plattformen – LSF, HISinOne, Moodle, Semesterapparat – um unser Lernen zu strukturieren? Weswegen stellt man nicht an beiden Campussen einheitlich um? Und woraus ich absolut nicht schlau werde: Warum kocht gefühlt jeder Studiengang sein eigenes Süppchen? Die einen regeln ihre Anmeldung ausschließlich übers LSF, die anderen nutzen schon länger das HISinOne. Und dann gibt es zum Beispiel die Spezialist\*innen der Anglistik, die dem technischen Fortschritt so weit hinterherhinken, dass man bis zu diesem Semester Prüfungen handschriftlich per Zettel anmelden und im Modulhandbuch für die besuchten Veranstaltungen Unterschriften einsammeln musste – allein das war schon umständlich genug.

Aber wenn ich schon bei dem Beispiel bin: Das HISinOne wurde so programmiert, dass es nur Anmeldungen zulässt, wenn die in der Prüfungsordnung zuvor vorgesehenen Prüfungen auch als bestanden verbucht worden sind. Ich habe das Sommersemester mit einer Hausarbeit abgeschlossen, für die mein Dozent zwölf Wochen Bearbeitungszeit hat. Sprich: In der Phase, in der ich mich für die Prüfungen im Wintersemester anmelden sollte – inklusive der Verlängerung – konnte ich dafür noch keine Note haben. Aber hey, das HISinOne war so nett, mir die angemeldete Prüfung als Zusatzleistung zu markieren. Über diese Großzügigkeit sollte ich doch erfreut sein, hieß es vom Prüfungsamt. Dass ich jetzt bis zum Klausurtermin zittern muss, ob mir meine Prüfung auch anerkannt wird, nur, weil ein System eingeführt wurde, dass nicht vernünftig konzipiert und durchdacht worden ist? Das ist nicht nur studierenden-unfreundlich, sondern in höchstem Maße dreist. Eine so große Uni wie Du, UDE, braucht eine einheitliche, transparente und simple bürokratische Struktur, die weder Studierenden noch Dozierenden den letzten Nerv raubt.

**Im Zuge der Ermittlungen um die Betreiber\*innen des Portals *linksunten.indymedia* beschlagnahmten Polizei und Landeskriminalamt (LKA) Verwaltungsdaten der Studierendenschaft Freiburg. Zwar wurden die Datenträger dem Studierendenrat (StuRa) Freiburg zurückgegeben, nicht jedoch, ohne zuvor eine Sicherheitskopie der Daten anzufertigen. Der Anwalt des StuRa Freiburgs, Dr. Udo Kauß, spricht von einer „Fahndung ins Blaue“, bei der die Ermittler\*innen hoffen würden, „einfach irgendetwas Interessantes zu finden“. Besonders brisant: Die Studierendenvertretung klagt gegen die von der baden-württembergischen Landesregierung eingeführten Studiengebühren für internationale Studierende.**

Ende August ließ Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die linksradikale Internetplattform *linksunten.indymedia* vom Netz nehmen. Es folgten Hausdurchsuchungen in vier Wohnungen Freiburgs – eine davon bei einem Mitarbeiter des StuRa Freiburgs. In seiner Wohnung hatte er eine Backup-Festplatte und einen USB-Stick, auf denen Daten über alle 25.000 Studierende der Universität Freiburg, Lohnabrechnungen mit Kontodaten und komplette Personal- und Arbeitnehmer\*innendaten gespeichert sind. Die Datenträger hätten sich, laut Pressemitteilung der Verfassten Studierendenschaft (VS) Freiburg, in der Wohnung des Mitarbeiters befunden, da es zur „Häufung von Einbrüchen in die Räume der VS“ gekommen sei.

Festplatte und USB-Stick wurden zwar schnell wieder an den StuRa zurückgegeben, nicht jedoch ohne seitens der Behörden eine Sicherheitskopie anzufertigen. Dies sei laut Regierungspräsidium geschehen, um dem Vorwurf vorzubeugen, man habe Daten manipuliert. Die Studierendenvertretung betonte daraufhin, dass sie diesen Vorwurf keinesfalls erheben wollte, die Daten der Festplatte bereits geprüft hätte und deswegen die Herausgabe der Kopien fordere. Eine Antwort auf ihre Forderung blieb dennoch zunächst unbeantwortet. Erst nachdem der Anwalt der VS dem Bundesministerium des Inneren (BMI) mit rechtlichen Schritten drohte, erklärte dieses in einem Schreiben Ende Oktober: „Die Beschlagnahmung der beiden Datenträger ist durch den entsprechenden Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss des Verwaltungsgericht Freiburg gedeckt, da nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann, dass die Daten Belege über die Zugehörigkeit [...] zum Verein ‚linksunten.indymedia‘ und/oder über die Aktivitäten des Vereins enthalten.“

Insbesondere die Formulierung „da nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann“ sehen die VS und ihr Anwalt kritisch. Im Gespräch mit der aktuell erklärt Anwalt Kauß: „Die Polizei behält die Daten nur, weil hier etwas nicht ausgeschlossen ist. Folgt man dieser Argumentation, gibt es kein Recht mehr in diesem Land. Niemand



Der StuRa Freiburg im Rechtsstreit mit dem LKA. (Foto: dav)

wäre mehr vor Beschlagnahmungen sicher, weil man nicht wüsste, ob nicht vielleicht doch etwas Interessantes dabei ist.“

### Prozess gegen Studiengebühren

StuRa-Vorständin Katharina Krahé sieht durch Ermittlungen und Beschlagnahmung gar die studentische Selbstverwaltung gefährdet: „Durch solche staatlichen Maßnahmen und Eingriffe in die gesetzlich geschützte Selbstverwaltung der VS wird diese behindert und im Extremfall zum Erliegen gebracht.“ Weiter kritisiert der StuRa in seiner Stellungnahme, dass das „ausdrücklich eingeräumte politische Mandat der Studierendenschaft“ unterlaufen werde, „wenn Studierende befürchten müssen, dass ihre Beiträge, Reden, Schriften, Gremienarbeit von den Sicherheitsbehörden unseres Landes unter Beobachtung genommen werden.“

Im Juli hatte die Freiburger Studierendenvertretung darüber hinaus gegen die Studiengebühren für internationale Studierende in Baden-Württemberg beim Verwaltungsgericht Freiburg Klage eingereicht. Sie hält die Beiträge für diskriminierend und verfassungswidrig. Dass nun das Land als Prozessgegner über sensible Daten der Studierendenschaft verfügt, bezeichnet Kauß als „hochproblematisch“.

Um die Datenträger zurück zu bekommen, hat er für den StuRa Freiburg am 8. November einen einstweiligen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht Freiburg beantragt. Nun haben BMI und LKA noch bis Anfang Dezember Zeit, Stellung zum Vorgehen zu beziehen und eine Rechtsgrundlage für ihr Vorgehen zu suchen. „Wir gehen eigentlich davon aus, dass sie sich von unseren Argumenten überzeugen lassen und die Kopien herausgeben“, gibt sich Kauß zuversichtlich. „Andernfalls wäre es sicherlich ein Präzedenzfall und wir müssten eine Diskussion darüber führen, wann Beschlagnahmungen zulässig sind.“ [dav]

# "In Deutschland steckt der islamische Feminismus in den Kinderschuhen"

Als Lady Bitch Ray mischte sie sowohl Rap, als auch Buchmessen auf und wurde so bundesweit berühmt. Warum der islamische Feminismus sich gegen patriarchale Strukturen in der Mehrheitsgesellschaft und in muslimischen Communities wehren muss, erklärt Sprachwissenschaftlerin und Feministin Dr. Reyhan Şahin im Interview. aktuell-Redakteur\*innen Dennis Pesch und Lea Sleiman trafen sie am Mittwoch, 29. November, nach dem soziologischen Kolloquium an der Universität Duisburg-Essen.

**aktuell:** Fürs Verständnis: Was ist der Unterschied zwischen westlichem und islamischem Feminismus?

**Dr. Şahin:** Westlich codierter Feminismus wird dadurch gekennzeichnet, dass er die Konflikte und Lebenswelten von anderen Frauen – muslimischen, schwarzen, kurdischen Frauen – nicht einbezieht und eine bevormundende Haltung einnimmt. Früher bei den Christen und Kreuzfahrern war es die orientalische Prinzessin, die befreit werden musste, jetzt ist es die muslimische Frau, die befreit werden soll. Leila Ahmed spricht dabei von einem kolonialen Feminismus, Edward Said nennt es Orientalismus. So funktioniert auch die Gleichung: Kopftuch abnehmen ist Befreiung, Kopftuch aufsetzen ist Unterdrückung. Das sieht man ziemlich an der Haltung von Alice Schwarzer oder teilweise bei Vertreter\*innen von Femen bezüglich des Islam, die einseitig und pauschalisierend sind. Zukünftig könnte man diese Diskurse nur dann überwinden, wenn beide Seiten kritisch betrachtet werden, also wenn man Rechtspopulismus, antimuslimischen Rassismus wahrnimmt und kritisiert, aber auch islampolitische Entwicklungen innerhalb islamischer Communities und Rassismen, die aus Islamismen entstehen, nicht aus dem Auge verliert.

**aktuell:** In westlichen Ländern meinen viele Menschen, Kopftücher seien ein patriarchales Symbol des (politischen) Islam. Wie sehen Sie das?

**Dr. Şahin:** Das Kopftuch kann empowernd sein, es gibt ja nicht *das* Kopftuch. Das hat immer was mit der Person zu tun, die es trägt, mit dem Individuum, mit der Frau. Das Kopftuch ist das, was die Trägerin daraus macht. Wenn diese Frau zum Beispiel studiert, sich für feministische Themen interessiert, kritisch ist, sowohl patriarchalen Strukturen in der Mehrheitsgesellschaft als auch patriarchale Strukturen innerhalb der muslimischen Community beheben will, kann das Kopftuch sogar ein Zeichen von Emanzipation und Feminismus sein. Wenn sich die Frau aber eher mit politisch-islamisch



Forscht derzeit qualitativ in der jungen muslimischen Community: Dr. Reyhan Şahin. (Foto: lys)

ausgerichteten Ideologien identifiziert und das muslimische Patriarchat unkommentiert hinnimmt, ist das alles andere als feministisch und gerechtigkeitliebend.

**aktuell:** Durch muslimische Verbände wie Ditib und Milli Görüş wird in der Bundesrepublik ein patriarchales und antisemitisches Weltbild propagiert. Sie haben gerade über islamische Feministinnen referiert, die sich unter Einsatz ihres Lebens vom Patriarchat erheben. Wie ist ihr Verhältnis zu diesen Organisationen?

**Dr. Şahin:** Die großen islamischen Feminist\*innen wie Leila Ahmed, Fatima Mernissi und Amina Wadud warnen alle in ihren Werken vor dem Erstarken des muslimischen Patriarchats, sie würden also prinzipiell gegen politisch-islamische, antisemitische und patriarchale Strukturen von muslimischen Verbänden und Organisationen sein. Sie befürworten feministisch-kritische Auslegungen islamischer Schriften und Traditionen, sie sagen: ‚Nein, Gott wollte nicht, dass Frau und Mann ungleich sind, für Gott sind Frau und Mann gleich‘ und belegen das mit dem Koran, Hāditen und anderer Literatur. In Deutschland jedoch steckt der islamische Feminismus noch in den Kinderschuhen, hier fehlt es an islamfeministischer Kritik an solchen Verbänden. Muslimische Queerness, Homosexualität im Islam oder kritisch aufgeklärte Sexualität, da sind Muslim\*innen in Indonesien viel weiter als hier in Deutschland.

**aktuell:** Woran liegt das?

**Dr. Şahin:** Zum einen an bestehenden Vorurteilen und Rassismen in der deutschen Gesellschaft. Zum anderen aber auch an der Dominanz islampolitisch und patriarchal ausgerichteter muslimischer Organisationen und Verbände und das Bestehen solcher Ideologien innerhalb bestimmter muslimischer Communities. Diese werden noch zu wenig innerhalb eigener Reihen kritisiert. Und Fremdenfeindlichkeit in einer Gesellschaft ist auch nicht unbedingt nur Nazitum, das ist nur die Spitze der Klitoris, würde ich sagen. Ausgrenzung fängt viel früher an: Bei der Job- und Wohnungssuche. Man hat es als Mensch mit Migrationshintergrund, Kanackin, Moslem oder was auch immer, mit grundsätzlichen existentiellen Problemen zu tun. So kann man sich nicht um politische Diskurse kümmern. All diesen Frauen, mit denen ich Interviews geführt habe, war erstmal eines wichtig: einen Job kriegen, ein Studium oder eine Ausbildung schaffen. Wenn sie ein Studium absolvieren, zum Beispiel als Lehrerin zu arbeiten, Geld zu verdienen, eine Familie gründen, safe sein. Durch die ganze kapitalistische Gesellschaftsstruktur können wir uns gar nicht um die eigentlichen Probleme kümmern.

**aktuell:** Wie sehen Sie Menschen, die sagen, sie seien Feminist\*innen, aber dann mit der AKP, Erdoğan und den dazugehörigen Dachverbänden anbandeln?

**Dr. Şahin:** Das ist für mich ein Widerspruch: die stille Befürwortung von patriarchal oder islamisch-politisch strukturierten Verbänden und Organisationen und islamisch-feministische Philosophie. Es ist generell wichtig und gut, dass muslimische Frauen mit und ohne Kopftuch für sich selbst sprechen können, Bildungszugang haben, an der deutschen Gesellschaft teilhaben und sich in ihrer Lebenswelt unabhängig in ihrem eigenen Tempo emanzipieren können. Das tun ja auch viele muslimische Frauen bereits. Wenn aber Aktivist\*innen mit türkischem Background über islamischen Feminismus sprechen und diese kritische Praxis jedoch entweder gar nicht ausüben oder ihre Sozialisation und Nähe zu diesen Verbänden und Organisationen verschweigen, finde ich das problematisch. Wenn diese Frauen sich lauthals über antimuslimischen Rassismus beschweren, dann sollten die Rassismen, die von solchen politisch-islamischen Ideologien heraus entstehen – man schau dabei auch auf die politische Situation in der Türkei, diese spiegelt sich nämlich auch in Deutschland wider – berücksichtigt werden, sonst ist das für mich weder islamischer Feminismus noch muslimischer Antirassismus.

Was Dr. Bitch Ray zu islambezogenen Diskursen in sozialen Netzwerken noch sagt und wie unsexy Wissenschaft ist, lest ihr auf [www.aktuell.de](http://www.aktuell.de).

# Mit Wolfsgruß gegen Kritik

**Die Veranstaltung über syrische Geflüchtete in der Türkei der Hochschulgruppe Kulturverein türkischsprachiger Studierender (KulTürk) am Dienstag, 21. November, an der Universität Bielefeld sorgte für einen Eklat. Als Referent luden sie Sezer Özcan ein, der unter anderem wegen eines antisemitischen Postings aufgefallen war. Es kam zu Protest gegen die Veranstaltung, dem aggressiv begegnet wurde. Dabei ist es nicht das erste Mal, dass KulTürk problematischen Personen eine Bühne bietet.**

Noch bevor der Vortrag vom Politikwissenschaftler Sezer Özcan, einem ehemaligen Doktoranden der Universität Bielefeld, startete, betreten rund 20 Personen den Vorlesungssaal durch den Hinterausgang, um gegen die Veranstaltung zu protestieren. Sie stießen allerdings auf aggressive Sympathisant\*innen von KulTürk, die sie schubsten und ein Transparent zerrissen, wie auch ein Videomitschnitt dokumentiert. Einer protestierenden Frau wurde gar auf den Kopf geschlagen. In einer Stellungnahme vom 24. November gibt die Hochschulgruppe an, dass zwischen den Täter\*innen und KulTürk keine Verbindungen bestünden.

Das Campusradio *Hertz 87.9* schildert jedoch andere Erlebnisse: „Der Eindruck unserer Redakteurin vor Ort war, dass die Gegendemonstranten natürlich gestört haben, aber dass sich die Veranstalter sofort in den Weg gestellt und versucht haben, sie aus dem Raum zu drängen. Die körperliche Auseinandersetzung ging also von KulTürk aus“. Neben Androhungen sexualisierter Gewalt zeigen Personen im Video den Wolfsgruß, ein Handzeichen der türkisch-nationalistischen Grauen Wölfe, die der Partei *Milliyetçi Hareket Partisi* (MHP; übersetzt: Partei der nationalistischen Bewegung) angehören, sowie die *Rabia-Hand*. Dabei handelt es sich um ein Symbol der ägyptisch-islamistischen Muslimbruderschaft, deren Ziel die Errichtung eines islamischen Staates auf Grundlage der *Sharia* ist. Aus der Muslimbruderschaft geht auch die palästinensische Terrororganisation *Hamas* hervor, die den Staat Israel beseitigen will. Der türkische Präsident *Recep Tayyip Erdoğan* zeigte die *Rabia-Hand* nach dem Putsch im Juli 2016, wodurch das Zeichen auch in der Türkei an Popularität gewann.

## Rückgriff auf antisemitische Inhalte

Doch nicht nur die Sympathiebekundungen gegenüber islamistischen Organisationen zeugt von Brisanz. Referent Özcan selbst vertritt problematische Positionen. Im sozialen Netz teilte er eine Textstelle des türkischen Dichters *Necip Fazıl Kısacık*. „Der Kapitän: Ein Jude. Der Maschinist: Ein Freimaurer. Die Crew: Konvertiten. Ihr Kurs: Atheismus. Was erwartet ihr von dem Schiff der Freiheit“, zitiert er die Metapher, die die westliche Gesellschaft skizzieren soll. Dabei handelt es sich um ein antisemitisch-verschwörungsideologisches Zitat, das Juden\* und Jüdinnen\* sowie Freimaurer\*innen in Strippenzieher-Manier unterstellt, die Geschehnisse des Westens aus dem Geheimen

zu steuern. Der Dichter *Kısacık* ist vor allem in türkisch-nationalistischen Kreisen populär. Wie die *Jüdische Allgemeine* berichtet, habe er in der AKP großen Einfluss und wird auch von Erdoğan als einer der „wichtigsten türkischen Denker des 20. Jahrhunderts“ und „Vorbild für kommende Generationen“ bezeichnet. Mittlerweile sind seine Facebook-Beiträge, die der Redaktion als Screenshots vorliegen, nicht mehr öffentlich.

Wie KulTürk, deren Mitglieder zum Teil Erdoğan, der MHP und den Grauen Wölfen nahe stehen sollen, in einer Stellungnahme schreibt, habe man vor der Veranstaltung nichts von diesem Posting gewusst. Eine Recherche über seine politischen Ansichten hielt die Hochschulgruppe nicht für notwendig, da es sich bei Özcan um einen Hochschulangehörigen handele – obwohl antisemitische Ressentiments nicht vor dem Campus Halt machen. Zudem sehe man sich nicht in der Verantwortung, die politische Gesinnung von Referent\*innen zu analysieren. KulTürk verweist außerdem darauf, dass Özcan auch Beiträge gegen den Holocaust veröffentlichte. Dies lässt die Studierenden zu dem Schluss kommen, dass „der besagte Forscher kein Antisemit ist.“

## Schnappschuss mit Erdoğan

Ein Bewusstsein, dass sich Antisemitismus nicht ausschließlich im nationalsozialistischen Vernichtungsentwurf ausdrückt, hätte zu einer Sensibilisierung über den ressentimentgeladenen Gehalt weiterer Facebook-Beiträge Özcan beigetragen. Eine Karikatur, die er auf seinem Facebook-Profil geteilt hat, stellt dar, wie die Medien die türkische Bevölkerung ablenken, während ausländische Kräfte wie die USA das Land – von kurdischen Gebieten kommend – spalten. Diese Kräfte werden als schwarz gekleidete Personen mit Hüten dargestellt. Auf diese Weise werden jüdische Menschen, denen eine bösartige Allmacht unterstellt wird, oft in antisemitischen Karikaturen dargestellt. Andere von ihm geteilte Karikaturen stellen in anti-amerikanischer Tradition dar, dass die USA für die Destabilisation in naheliegenden Ländern verant-

wortlich sei.

Ein weiterer Facebook-Post vom 16. Juli 2016: einen Tag nach dem Putschversuch in der Türkei veröffentlicht Özcan ein Foto, das ihn gemeinsam mit Erdoğan zeigt. „Gegen den Volkswillen kann keiner putschen“, schreibt er auf Türkisch dazu, womit er den türkischen Präsidenten als ebenjenseitigen stilisiert und den Abbau der Demokratie unter ihm ignoriert. In einem weiteren Beitrag versucht er den Völkermord an den Armenier\*innen mit dem Verweis auf Genozide anderer Länder zu relativieren. Auffällig ist vor allem der zweite, aus dem Türkischen übersetzte Satz, der als eine Rechtfertigung für den Völkermord verstanden werden kann: „Nichts geschieht grundlos.“

## Konsequenzen für KulTürk gefordert

Sezer Özcan ist nicht die erste Person mit rechten und antisemitischen Ansichten, die die Hochschulgruppe einlud. Schon in der Vergangenheit sorgten ihre Veranstaltungen für Aufsehen. 2015 fand eine Vortragsreihe statt, die laut hiesiger *Stadt- und Studierendenzzeitung* den Völkermord an den Armenier\*innen leugnete. Im vergangenen Jahr lud die Hochschulgruppe *Andreas Abu Bakr Rieger* ein, der über den Islam in Europa referierte. Damit bot sie einem Autor und Mitgesellschafter des Querfront-Magazins *Compact* eine Bühne.

Auch wenn sich KulTürk nun als unwissend und unschuldig positioniert, könnte die Veranstaltung Folgen haben. Wie das Bielefelder Campusradio *Hertz 87.9* berichtet, habe sich das Studierendenparlament der Universität mit der Thematik befasst und einen einstimmigen Beschluss formuliert. Der AStA solle prüfen, ob es satzungskonform ist, der Hochschulgruppe keine Ressourcen mehr zur Verfügung zu stellen. Noch weiter geht die *Antira AG* der Universität, die ein breites Bündnis von Unterstützer\*innen hinter sich weiß. Neben einem Verbot von KulTürk fordern sie sowohl eine Exmatrikulation von gewaltbereiten Angreifern als auch eine Stellungnahme des Rektors und eine stärkere Auseinandersetzung mit türkischem Nationalismus und Islamismus an der Uni. [fro]



Der Wolfsgruß ist das Symbol der ultranationalistischen Grauen Wölfe. Kurz nach dem Putschversuch versammelten sich türkische Nationalist\*innen auf der Kölner Domplatte. (Symbolbild: fro)

# Eigentlich nur Formsache

In Windeseile tagten die Parlamentarier\*innen des Studierendenparlaments (StuPa) der Universität Duisburg-Essen (UDE) am Donnerstag, 23. November. Trotzdem standen wichtige Entscheidungen auf der Agenda. Doch kurz vor der Abstimmung über eine obligatorische Änderung der Beitragsordnung verließ die Liberale Hochschulgruppe (LHG) geschlossen und kommentarlos die Sitzung.



Kurz vor einer Abstimmung verließ die LHG geschlossen die Sitzung. (Foto: fro)

Der Schwerpunkt der letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode bestand eigentlich nur aus Formsachen. Neben einer Bestätigung des Referats für Inklusion der behinderten/chronisch kranken Studierenden sollte die Beitragsordnung der Studierendenschaft der UDE an die Realität angepasst werden. Der steigende Mobilitätsbeitrag und die Ausgaben für Nextbike sollten offen dargelegt werden. Erstens musste die Preiserhöhung des Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) für das VRR-Ticket auf 143,82 Euro und für das NRW-Ticket auf 52,80 Euro ab kommenden Sommersemester übernommen werden. Zweitens sollte der Verwendungszweck des AStA-Beitrages in Höhe von 13 Euro aufgeschlüsselt werden. Neben 10,75 Euro für die Erfüllung der Aufgaben der Studierendenschaft werden 0,75 Euro zweckgebunden für die Studierendenzzeitung und 1,50 Euro für die Kooperation mit Nextbike aufgebracht. „Mit der Aufschlüsselung soll transparenter gemacht werden, wofür das Geld verwendet wird,“ begründete AStA-Vorsitzende Carlotta Kühnemann (Linke Liste) die Änderung.

Dass zu Beginn der Sitzung lediglich 24 der insgesamt 37 Parlamentarier\*innen anwesend waren, stellte sich als Problem heraus. Beitragsordnungen von bis zu zehn Prozent des Studierendenschaftsbeitrages können nämlich nur mit einer qualifizierten Mehrheit aller im StuPa sitzenden Parlamentarier\*innen beschlossen werden – also mit 19 Stimmen.

Kurz vor der Abstimmung über eine transparente Verwendung des Studierendenbeitrages standen die vier LHG-Parlamentarier auf und verließen kommentarlos den Senatssaal. Für die Änderung der Beitragsordnung hinsichtlich des Mobilitätsbeitrages stimmten zwar alle 19 noch anwesenden Parlamentarier\*innen. Für einen transparenten Verwendungszweck des Studierendenbeitrages hoben allerdings nur 16 ihre Stimmkarten – nicht genug für eine qualifizierte Mehrheit.

## (K)eine politische Frage

Ihren kollektiven Abgang begründet LHG-Parlamentarier Sven Benentreu auf Anfrage der aktuell mit einer „untragbaren Arbeitsweise“ des StuPa-Präsidiums, das ebenso wie die Antragstellenden nicht auf die Sitzung vorbereitet

gewesen sei. Noch auf der Sitzung wurde lange diskutiert, welcher Mehrheit es bei der Änderung der Beitragsordnung bedarf. „Unser geschlossener Abgang war Protest gegen die Art und Weise, wie hier mal eben so die Beitragsordnung geändert wird. Weder eine Empfehlung des Satzungsausschusses lag vor, noch wurden andere Listen vorher über diese geplante Änderung informiert“, so Benentreu. Es handelte sich jedoch bereits um die zweite Lesung des Änderungsantrages. Schon auf der Sitzung am 21. September hatten alle Parlamentarier\*innen Einsicht in den Antrag.

Unter den restlichen StuPa-Mitgliedern machte sich indes Unmut über den Abgang der Liberalen breit. „Das ist eine richtig lächerliche Aktion“, heißt es aus Richtung der Grünen Hochschulgruppe (GHG). „Das ist nicht mal eine politische Frage“, sagt Corinna Kalkowsky (ehemals Antihelden).

Doch wird es sich für die Hochschulgruppe sehr wohl auch um eine politische Frage handeln. Wenige Tage vor der Sitzung stellte die LHG in einem Facebook-Beitrag ein Finanzkonzept vor, das Einsparungen von insgesamt 295.000 Euro vorsieht. Dadurch soll der Studierendenschaftsbeitrag um 3 Euro reduziert werden. Zu den von der Liste angestrebten Kürzungen zählt auch die Kooperation mit Nextbike, die die Studierendenschaft jährlich 125.000 Euro kostet. Selbst wenn sich die LHG mit ihrem Finanzkonzept durchsetzen sollte, würde der Betrag aus vertraglichen Gründen erst in einigen Jahren wegfallen. Auch möchte die Hochschulgruppe 20.000 Euro bei der aktuell einsparen. Beide Posten sollten unmittelbar in der Beitragsordnung festgeschrieben werden.

Für ihr Konzept erhält die Liste unter ihrem Facebook-Beitrag vor allem Spott und Kritik. „Eine reine Studierendenverwaltung wie von der LHG angestrebt brauchen wir nicht, gerade jetzt ist eine starke Vertretung wichtig“, kommentiert AStA-Vorsitzender Marcus Lamprecht (GHG). Für ihn ist das Finanzkonzept ein „Abgesang auf den Anspruch der politischen Interessenvertretung“. [fro]

## Belauschen!

### Verse and Tile



Der im Poetic Writing Workshop der Universität Duisburg-Essen entstandene Gedichtband Verse and Tile (2017) enthält liebevolle, die literarischen Bedürfnisse vollends befriedigende Texte von elf verschiedenen Autor\*innen. Bei der Veranstaltung werden sie in gemütlicher Atmosphäre vorgestellt. Die Veranstaltung bietet auch Raum für persönliche Anekdoten und Erlebnisse. Sowohl Vortrag als auch Gedichtband sind auf Englisch.

↗ **Mittwoch, 29. November, 18-20 Uhr, Café Brücke, ESG Saal, Campus Essen, Eintritt frei**

## Beteiligen!

### Stadtgezwitzcher #4

Kurz und knackig muss es sein! Bei der nunmehr vierten Auflage der Stadtgezwitzcher Nur 6:40 Minuten haben die Vortragenden. Wenig Zeit, dem Publikum ihr Thema zu präsentieren. Platz für Ausschweifungen gibt es nicht. Verschiedene Initiativen wie Essen packt an, Essbare Stadt, Reclaim Our Economy und Wir sind Nachbarn setzen sich zum Ziel, den Interessierten ihre Arbeit näher zu bringen.

↗ **Donnerstag, 30. November, 18-22 Uhr, Freiraum Weberplatz, Eintritt frei**

## Ballern

### what.is.love.Pussy

Wer auf ballernden Trash steht und sich noch textsicher in den alten, zum hippigen und flippigen Abdancen einladenden Bravo Hits der 80er, 90er und 2000er ist, darf die Zeitreise von Pussy Galore Party in der Temple Bar keinesfalls verpassen. Holt die Buffalos raus und kramt das Neon-Shirt aus dem Schrank. Und ab geht's mit euren Liebsten, denn Rhythm is a Dancer!

↗ **Freitag, 1. Dezember, ab 23 Uhr, Temple Bar, Salzmarkt 1, Essen**

# Wohnungslos und ausgegrenzt



Mehr als eine Spendenausgabe: vergangenen Samstag wurde in Bochum auch gemeinsam gegessen und gefeiert (Foto: lenz)

**Immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen sind wohnungslos (akduell berichtete) und die kalten Monate haben begonnen.**

**Vergangenen Samstag, 25. November, fand in Bochum ein von der Diakonie organisiertes Fest statt, bei dem Spenden an wohnungslose Menschen verteilt wurden. Im Vorfeld wurden bereits Kleiderspenden gesammelt.**

Rock'n'Roll-Riffs waren schon von Weitem zu hören und begleiteten zum Ort des Geschehens: Der Beratungsstelle für alleinstehende wohnungslose Männer. Draußen wurden Speisen aufgetischt, gegessen und den musikalischen Beiträgen gelauscht. Die Kleiderspenden wurden in den Räumlichkeiten der Beratungsstelle entgegengenommen und ausgegeben.

Die Grundidee zur Veranstaltung sei schon im letzten Jahr entstanden, erklärt Christiane Caldwell, Teamleitung der Wohnungslosenhilfe der Bochumer Diakonie. Michael Doering, der beim Schauspielhaus Bochum arbeitet, kam im letzten Jahr auf sie zu, hatte das Konzept Weihnachten im Schuhkarton im Kopf und suchte einen Kooperationspartner zum Verteilen der Geschenke. „Er hat Not und Armut auf dem Weihnachtsmarkt beobachtet und zu mir gesagt ‚Die einen kaufen sich etwas an der Bude, die anderen fischen Reste aus dem Müllimer. Was ist denn hier los?‘“, schildert Caldwell. Im weiteren Verlauf der Vorbereitung des Festes sind immer mehr Institutionen dazu gekommen, das Schauspielhaus informierte über einen Flyer zum Hintergrund der Aktion. Die schlussendlich entstandene Initiative ist „ein Bündnis gegen Armut, um Solidarität zu zeigen und nicht nur darüber zu sprechen“, so Caldwell. Bewusst haben sie sich dafür entschieden, die Aktion bereits im November stattfinden zu lassen: „Wir haben es vor der Weihnachtszeit gemacht, damit nicht diese ganz typische Jahresendzeitstimmung mit einfließt.“

## Eine Situation, viele Gründe

Mario war eineinhalb Jahre obdachlos, Eva hatte fünf Monate keine Wohnung. „Ich habe erst in der Bahn geschlafen, bis mir jemand sagte, dass es die Diakonie gibt“, erzählt Mario, der zunächst gar nicht wusste, was die Organisation anbietet, „die

machen ja eine Menge, die engagieren sich richtig. Wenn es das nicht gäbe, hätten wir ein richtiges Problem.“

„Ich wurde im Mai obdachlos und da kannte ich nur die Beratungsstelle für Frauen, da bin ich hin und musste im Fliegerhaus in der Obdachlosenstelle übernachten. Dort habe ich von der Stelle hier erfahren“, so Eva. In die Wohnungslosigkeit kamen beide aus unterschiedlichen Gründen: Das Haus, in dem Mario zehn Jahre wohnte, wurde wegen Bergbauschäden abgerissen. Nach dem Tod von Evas Großmutter musste sie sich eine neue Wohnung suchen und hat es nicht geschafft. „Und dann war es noch schwieriger, eine Wohnung zu finden, weil man obdachlos ist“, sagt sie. „In dem Moment, wo man obdachlos ist, wird man auch gleich als Obdachloser anerkannt. Du bist kein Mensch mehr“, meint Mario.

Er kritisiert die gesellschaftliche Stigmatisierung: „Die Schublade heißt Obdachlosigkeit: Du bist nichts, du kannst nichts, du hast nichts.“ Eine Wohnung zu bekommen scheiterte meist an den Vorurteilen der Wohngesellschaften: „Die haben noch immer das denken wie vor 20 Jahren: Der Mann ist obdachlos, der ist dreckig, der ist Alkoholiker, Drogen-Junkie. Und ich entspreche gar nichts von dem. Ich bin einfach in der Obdachlosigkeit aus einer dummen Situation heraus“. Auch Eva wehrt sich, über einen Kamm geschoren zu werden, denn „jeder hat sein Schicksal erlebt, warum man in diese Situation gekommen ist“.

Die Ausgrenzung ist zum Teil sogar eine räumlich geplante. Im Jobcenter etwa gibt es eigene Abteilungen für Wohnungslose. In vielen Fällen werden sie in separaten Gebäuden untergebracht. „Da steht vorne richtig fett drauf ‚Wohnungslosenhilfe‘ und jeder, der daran vorbei geht, denkt ‚Ah, guck mal, da sind die Obdachlosen‘“, so Eva. Dabei kann Obdachlosigkeit sonst auch unbemerkt bleiben: „80 Prozent von den Leuten, die hier sind, würde man überhaupt nicht ansehen, dass sie obdachlos sind“, erklärt Mario. Dank Duschmöglichkeiten bei der Diakonie und Kleiderspenden müsse man weder schlecht riechen noch kaputte Kleidung tragen, meint er. Über den Umgang in den Ämtern regt auch er sich auf: „Man sieht vernünftig aus, trotzdem wird man nicht wahrgenommen. Dann ist

auch die Diakonie ein Ansprechpartner, der dafür sorgt, dass man so behandelt wird, wie man sollte: als Mensch“.

## Der harte Weg zurück

„Ich habe überall angerufen, es war nie was. Dann haben wir mit der Frauenberatung eine Anzeige in den Stadtspiegel reingelegt ‚Junge Frau sucht Wohnung‘ und am gleichen Tag hat jemand angerufen, ich durfte mir die Wohnung angucken und dann nehmen“, beschreibt Eva ihren Weg von der Straße weg. Im August konnte sie den Vertrag unterzeichnen, im Oktober einziehen. „Die Frauenberatung hat mir auch geholfen, als ich zum Beispiel Probleme mit der Erstausrüstung hatte. Die wollten mir das nicht genehmigen und dann hat jemand von der Beratung beim Teamleiter vom Jobcenter angerufen und auf einmal ging alles.“ Sie ist vor allem darüber froh, jetzt im Winter wieder eigene vier Wände und ein Dach über dem Kopf zu haben – auch weil eine Wohnung im Winter zu finden noch schwieriger sei. „Ohne die Diakonie wären wir nicht so weit, wie wir jetzt sind“, so Eva.

Auch Mario hat durch die Diakonie eine neue Wohnung gefunden. Beide besuchen jedoch weiterhin die Einrichtungen der Diakonie, halten Kontakte und nehmen Hilfen in Anspruch: „Das sind ja auch gleichzeitig Sozialarbeiter. Das heißt, es wird nicht alles abgeschlossen, nur weil man eine Wohnung hat“, so Mario. Ob bei Behördengängen, der Einrichtung der Wohnung, gesundheitlichen Problemen: die beiden fühlen sich gut unterstützt. „Auch wenn man Gespräche sucht, die sind ja auch wichtig. Das sind ja Diplompsychologinnen und Pädagogen“, ergänzt Mario.

„Ziel der Wohnungslosenhilfe ist immer die Reintegration des Menschen in Wohnraum und auch in Arbeit. Diese Kernpunkte sind das Ziel, aber oft nicht das Ergebnis“, äußert sich Caldwell zu ihrer Arbeit. Manche Menschen seien etwa zu krank oder eingeschränkt, um allein in einer Wohnung zu leben, weshalb sie an Pflegeeinrichtungen weitervermittelt werden. „Häufig kommen Menschen erst zu uns, wenn der Wohnraum schon verloren ist, wo wir nicht mehr darum kämpfen können. Wenn Wohnraum verloren ist, geht es darum ob es Ausweisungspapiere gibt, damit man überhaupt den Rechtsanspruch auf Transferleistungen stellen kann“, so Caldwell. Da jeder Mensch mit einer eigenen Ausgangslage komme, müsse die Hilfe auch individuell an sie angepasst werden.

Die Notversorgung aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln, etwa durch den Neubau der Notschlafstelle im kommenden Jahr, ist ein Kernpfeiler. Darüber hinaus würde sich Caldwell ein Mandat für Streetwork wünschen, das bislang für Erwachsene in Bochum nicht vorhanden ist, denn „es gibt viele Menschen im Bochumer Stadtbild, die wir nicht erreichen. Diese Personen kommen nicht in den Tagesaufenthalt oder in die Beratungsstelle. Dennoch sind sie von Armut, Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen.“ An der Politik dranzubleiben, den Bedarf immer wieder aufzeigen, sieht sie auch als ihre Aufgabe. [lenz]

# Blasserdünnerjunge macht sein Ausstellung



*Absolute Verunsicherung. Jan Böhmermann zwischen Ernst und Satire. (Foto: caro)*

**Was ist los in Deutschland, was bewegt die Bevölkerung? Jan Böhmermann und die Kölner Produktionsfirma bildundtonfabrik (btf) zeigen in ihrer Ausstellung „Deuschland“, die am Donnerstag, 23. November, ihre Eröffnung im NRW Forum Düsseldorf feierte, ihren ganz eigenen Blick auf die Gegenwart. Unsicherheit und Skepsis macht sich bei den Besucher\*innen breit. Was ist Ernst und was Satire?**

Der Andrang ist groß, die Schlange an der Kasse wird immer länger: Alle wollen den neuesten Streich Böhmermanns bestaunen. Ein schneller Blick zum Ausstellungseingang bringt erste Verunsicherung hervor. Eine Passkontrolle im Museum? Ist das schon Teil der Ausstellung? Nachdem Jacken und Taschen an der Garderobe verstaut sind, reihen sich die Deutschen links, die Ausländer\*innen rechts des Kontrollhäuschens auf. Spätestens hier heißt es: Handys und sonstige Technikwunder müssen abgegeben werden. Das gilt auch für die Presse. Ein Widerspruch, wo sich Böhmermann in der Vergangenheit bereits stark für die Freiheit der Kunst und Presse einsetzte. Dafür bekommt jede\*r einen kreisförmigen Aufkleber. Die Deutschen tragen pink, die Ausländer\*innen grün. Statt zu hinterfragen, macht jede\*r mit. Böhmermann und die btf spielen mit Irritation á la „Der sieht doch gar nicht aus wie ein Deutscher“ und halten Pegida-Anhänger\*innen und Co. so den Spiegel vor die immer wieder abgespulte Forderung „Ausländer raus!“.

## „Das hätte er sich sparen können“

Die Exponate der Ausstellung reichen von einer Papiernotiz über eine Deutschland-Feedbackhotline bis hin zur Präsentation des Wanderroutefits Angela Merkels. Und mittendrin ein rechtsfreier Raum. Hier wird im Detail noch mal die Diskussion rund um Böhmermanns Schmahgedicht über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zelebriert. Zeitungsartikel, die Rede Detlef Seifs (CDU) im Bundes-

tag, in der aus dem Schmahgedicht zitiert und die Internetseite des Landgerichts Hamburg erinnern an die Staatskrise von 2016. Letztere zeigt eine Pressemitteilung zum einstweiligen Verfügungsverfahren gegen Böhmermann. Der Witz: Eine angehängte PDF bildet das Gedicht im Original ab und die Justiz wird kurzerhand selbst zur Verbreiterin der Zeilen, die sie mittlerweile verboten hat. Aber nicht bei jeder\*m stößt dieser Teil der Ausstellung auf Begeisterung. So äußert sich ein Besucher: „Das mit der Schmahkritik ist schon so durchgekaut. Das hätte er sich sparen können.“

Neben tief gehender Gesellschaftskritik findet sich in der Diversität der Ausstellungsstücke auch immer wieder leichter Humor. Von drei Telefonen der Feedbackhotline funktionieren nur zwei. Immerhin: „Der Techniker ist informiert“. So steht es zumindest auf Papier. Und wer den Hörer abnimmt, wird in die Alltagsfreuden versetzt, die aufblühen, wenn man sich durch das Kundenservice-Menü von o<sup>2</sup> und Consort\*innen quält. Wer mit moderner Kunst nichts anfangen kann und meint „Das kann ich auch selbst“, mag sich beim Anblick der auf dem Boden verstreuten und bemalten DIN A4-Zettel bestätigt fühlen. Das eigene künstlerische Talent darf daher auch direkt unter Beweis gestellt werden. Blätter und Stifte stehen zur Verfügung. So finden sich auch schon Zitate berühmter Persönlichkeiten: „Man sieht nur mit dem Herzen gut – das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar – Heidi Klum“.

## Meinung mit Gesicht

Selbst mitmachen, aktiv werden, erleben – dieses Motto zieht sich durch die gesamte Ausstellung. So auch beim Diskursautomat. Hier heißt es: Du entscheidest – aber entscheid' dich richtig, denn widerrufen ist nicht drin. In vier Einzelkabinen werden Besucher\*innen aufgefordert, ihre Meinung kund zu tun. Israel oder Palästina, Familie oder Karriere, Ost oder West, schuldig oder unschuldig. Wer den jeweiligen Knopf drückt, wird fotografiert und inklusive eigener Meinung bei

Twitter veröffentlicht. Böhmermann und die btf nehmen den Besucher\*innen die Anonymität. Statt oftmals versteckt in sozialen Medien, soll hier zur eigenen Meinung gestanden werden. Wer ist dazu bereit und inwiefern wirkt sich Anonymität auf unser Mitteilungsbedürfnis beziehungsweise unsere Meinungsfreiheit aus? Macht uns das Nicht-anonym-sein womöglich unfrei? Oder ist das hier eh alles nur Spaß?

„Was ganz nett ist und bestimmt auch gewollt: man weiß die ganze Zeit nicht, wann ärgert er einen, wann ist es die Wahrheit. Diese Faktenverdrehung funktioniert halt total, dass man bei allem skeptisch ist“, resümiert eine Besucherin. Im Falle des Diskursautomaten sei gesagt: kein Fake, alles echt. Vorteilhaft von unten fotografiert finden sich die Besucher\*innen auf dem Twitteraccount ([twitter.com/deuschthland](https://twitter.com/deuschthland)) der Ausstellung wieder. Wahrscheinlich hat das nicht jede\*r erwartet, sondern trotz Aufklärung als Scherz abgetan. Somit drängt sich die Frage nach dem Umgang mit persönlichen Daten auf und ob trotz des Informationsschreibens den jeweiligen Personen bewusst ist, worauf sie sich einlassen. Wie auch in der Vergangenheit in Böhmermanns Sendung *Neo Magazin Royale* zeigen er und die Kolleg\*innen auch hier, wie leichtsinnig Menschen mit ihren Daten umgehen. Öffentliche Facebook-Profilen sind da nur der Anfang.

## Fans und Skeptiker\*innen

Die überschaubare Ausstellung lässt sich zwar gemütlich durchschlendern, hakt aber an zwei Punkten, wo sich in tugendhafter Geduld geübt werden muss. Sowohl bei der Feedbackhotline als auch beim Virtual Reality-Erlebnis in der Fahrattraktion des Themenparks „Reichspark“ bilden sich längere Schlangen. Nicht wenige Personen verzichten deshalb zumindest auf die „Reise in Deutschlands Vergangenheit“.

Unter den Besucher\*innen finden sich wahre Fans des Satirikers, aber auch viele, die durch reine Neugier den Weg nach Düsseldorf fanden. Sehr unterschiedlich fallen ihre Resümees aus. Der Skeptiker: „Ich weiß nicht so ganz, was mir die Ausstellung sagt.“ Der Enttäuschte: „Es war ein bisschen wenig. Sicher auch interessante Ideen, aber auch nichts Neues, was man nicht schon kannte.“ Der Zufriedene: „Es war einfach dadurch interessant, dass man gar keine Vorstellung hatte, was einen erwartet.“ [caro]

## Vormwerken

Christoph Bieber, Professor für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft an der Universität Duisburg-Essen, wird im Rahmen der Ausstellung über Jan Böhmermann referieren:

„#ADA – Akademie der Avantgarde: Geh Failen. Zum politischen Humor des Jan Böhmermann.“

Wann? 19. Januar 2018, 18 Uhr, Eintritt frei

# Sozialticket in die Wüste geschickt

**Am 22. November verkündete die schwarz-gelbe Landesregierung, dass der Zuschuss von Seiten des Landes für das Sozialticket bis 2020 gestrichen werden wird. Das Ticket ermöglicht es finanziell schwachen Menschen zu einem günstigeren Preis öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Die Streichung der Subventionen bedeutet allein in Nordrhein-Westfalen für circa 300.000 Bürger\*innen eine erhebliche Einschränkung ihrer Mobilität und damit ihrer Möglichkeiten und Freiheiten. Sozialhilfeempfänger\*innen werden sozusagen von Landesverkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) in die Einöde verbannt.**

*Eine Glosse von Julia Segantini*

Für finanziell Benachteiligte sind es Zeiten der Dürre. Einkommensungleichheit, mangelnde Bildungs- und Aufstiegschancen, das sind ständige Begleiterinnen bei der Wanderung durch die Wüste. Doch nun scheint die Sonne besonders erbarmungslos auf die Köpfe derer nieder, die ohnehin schon unter der sengenden Hitze leiden. Wie Wüstenpflanzen haben sie gelernt, den geringen (finanziellen) Niederschlag über lange Zeit zu speichern und mit dem Nötigsten auszukommen. Durch die zusätzliche Belastung, die eine reguläre Monatskarte für den ÖPNV mit sich brächte, kann allerdings nichts über das Notwendigste hinaus gesichert werden. Für Lebensqualität ist in der Sahara eben kein Platz.

Die 40 Millionen Euro, die durch die Abschaffung des Sozialtickets eingespart werden, sollen in den Straßenbau fließen. Wird aus der Sandwüste also bald eine Asphaltwüste? Sozialhilfeempfangende können sich keine regulären Bahntickets leisten, geschweige denn ein eigenes Auto. Vielleicht also doch auf das Kamel umsatteln. Auf lange Sicht wahrscheinlich sowieso sinnvoller, wenn sich die Welt durch mangelnde Investitionen in erneuerbare Energien in ein paar Jahren komplett in eine Wüste verwandelt.



Die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung bezüglich des Sozialtickets stoßen bei Betroffenen auf Kritik. (Foto: seg)

Die schwarz-gelbe Regierung steckt wieder einmal den Kopf in den Sand, wenn es um die Sorgen Bedürftiger geht. Oft genug wandern die Partei-Nomaden ziellos umher. Wenn es aber darum geht, die Ärmeren zu belasten, wird es plötzlich konkret. Die Sultane sitzen in ihren Sänften, die von denen gestemmt werden, die das Gewicht kaum noch tragen können und deren Schweiß unaufhörlich in den Sand tropft. Von so weit oben spürt man den heißen Wüstensand eben nicht mehr. Viele Probleme in der Gesellschaft sind offensichtlich, aber die Nomadenführer\*innen sehen die Wüste vor lauter Dünen nicht. In dieser lebensfeindlichen Umwelt, in der es nur Wasser für die Reichen gibt und die Armen ständig von ihren Fressfeind\*innen bedroht werden, müssen Hartz IV-Empfänger\*innen immer neue Überlebensstrategien entwickeln.

Weit und breit ist keine rettende Oase in Sicht. „NRW-Ministerpräsident Laschet lenkt im Streit um Sozialticket ein“ titelte am 26. November die WAZ. Leider nur eine Fata Morgana, denn von Einlenken kann keine Rede sein. Laut dem CDU-Politiker gebe es systematische Probleme beim Sozialticket, denn „eigentlich müssen die Kosten für Mobilität Teil des Hartz IV-Satzes sein, landesweit und gerecht“, so Sultan Laschet. Weil also das Konzept in den Augen der schwarz-gelben Regierung nicht wüsten-tauglich ist, wird es vorsichtshalber ganz abgeschafft. So wie das Wüstenklima nachts auf eisige Temperaturen fällt, verhalten sich CDU und FDP eiskalt gegenüber den Ärmeren in der Gesellschaft.

## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

**Projektkoordination:** Redaktionsschwein Ferdi

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Dennis Pesch (dpe), Lorenza Kaib (lenz), Mirjam Ratmann (rat), Julia Segantini (seg)

**V.i.S.d.P.:** Dennis Pesch (dpe)

**Auflage/Druck:** 3.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@aktuell.de

**Web:** www.aktuell.de

## HIRNAKROBATIK

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
|   |   | 3 | 9 | 4 |   |
|   | 1 | 8 | 4 | 3 | 2 |
|   |   | 2 | 6 | 9 |   |
| 7 | 2 |   |   |   | 9 |
|   | 3 |   |   |   | 2 |
| 8 |   |   |   | 6 | 7 |
|   | 3 | 9 | 8 |   |   |
| 6 | 9 |   | 7 | 3 | 4 |
|   | 7 | 1 | 5 |   |   |

## WOHNHEIMGESCHICHTEN

